



Mittelbadener Tagblatt
Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Er scheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande monatlich 1.35 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Adressen: R. 30 bei der Oberamtskanzlei Wildbad; Postfach 201 74 Stuttgart. — Druck: Verlag v. Gerant. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Büchelstr. 65, Tel. 479. — Wohnung: Villa Subertus

Mit oder gegen Italien?

Das nervöse Frankreich

Frankreich befindet sich gegenwärtig in einer außenpolitischen Nervosität und Unruhe, die, wie den U.N.R. aus Paris geschrieben wird, ernst genommen werden muß. Sie hat so ziemlich alle Kreise in Paris wie in der Provinz erfaßt. Die Sicherheitsangst scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Seit 1926 wurde nicht mehr so viel von Krieg gesprochen, wie eben jetzt.

Die unmittelbaren Ursachen für diese französische Ueberreizung sind, wie den U.N.R. aus Paris geschrieben wird, folgende: Die Verschiebung der Machtverhältnisse in Deutschland, die französische Ueberzeugung von einem dadurch ermöglichten Dreibund Deutschland-Ungarn-Italien und die Befürchtung Frankreichs, Italien würde, durch die Entwicklung in Deutschland ermutigt, den Augenblick für gekommen halten, in der Adriarage eine vollendete Tatsache zu schaffen durch die Befestigung Albanien und die Herausforderung eines ungarisch-südslawischen Zwischenfalls. Diese Ueberzeugung fällt in Frankreich auf den für Abenteuerpolitik zugänglichen Boden einer durch Wirtschafts-, Finanz- und Parlamentstriebe moralisch geschwächten und enttäuschten Masse, die der nationalen Reaktion zuneigt. Dabei ist festzustellen, daß niemand in Paris, so weit er zu den ernsten und verantwortlichen Politikern zählt, Deutschland etwa kriegerische Absichten zuschreibt. Vielmehr macht das amtliche Frankreich seinen Einfluß dahin geltend, der neuen deutschen Regierung gerecht zu werden und sich streng abwartend zu verhalten. Man ist aber überzeugt, daß indirekt die Machtverschiebung in Deutschland zu außenpolitischen Störungen Veranlassung geben kann. Italien, so wird erklärt, würde nun, auf die zumindest moralische Unterstützung der beiden nationalistic regierten Staaten Deutschland und Ungarn bauend, auf diese oder jene Weise eine Entscheidung in seiner osteuropäischen Politik erzwingen wollen. Mit anderen Worten: Die 10 Jahre lang weitergeschleppte Frage, Frankreich mit Italien oder Frankreich gegen Italien, nähert sich im Eiltempo ihrer Entscheidung. Hier liegt das Schwergewicht einer auf den ersten Blick unverständlichen französischen Erregung.

Daß die Regierung Daladier selbst an die in ganz Frankreich umlaufenden Gerüchte über eine angebliche Verständigung zwischen Deutschland, Italien und Ungarn glaubt, geht nicht nur aus der Erklärung Herriots im Kammerauschuss hervor: Er habe als Außenminister von einem italienisch-ungarischen Militär-Abkommen sichere Beweise erhalten, und er glaube auch an die Möglichkeit eines ähnlichen deutsch-italienischen Abkommens. Auch die Regierung Daladier hat sich darauf beschränkt, zu versichern, die Regierung verfolge genauestens die gefährliche außenpolitische Zuspitzung, sie folle alle Möglichkeiten ins Auge und bereite sich auf alle diese Möglichkeiten ernstlich vor.

Man hat keinen Anlaß, an diesen „Vorbereitungen“ zu zweifeln, um so mehr, als Daladier nicht nur Ministerpräsident, sondern auch Kriegsminister ist, in enger persönlicher Freundschaft mit dem Leiter des französischen Generalstabes, General Weygand, steht und gegenwärtig im Anschluß an die rein verwaltungstechnischen Kürzungen der Kriegsausgaben mit der Reorganisation bzw. Motorisierung der französischen Armee beschäftigt ist.

Herriot, der immer noch einer der einflussreichsten Politiker Frankreichs ist und morgen schon wieder Ministerpräsident oder Außenminister sein kann, hat in diesen Tagen erklärt, daß mit den „Konzeptionen“ Frankreichs in Genf Schluß gemacht werden müsse, angesichts „der überaus ernsten politischen Lage“, und er hat hinzugefügt, daß Frankreichs Außenpolitik neue Ziele suchen müsse, wie „eine engere Bindung an Rußland auf Grund des Nichtangriffspaktes“. Ob dabei Herriot auch an eine militärische Zusammenarbeit zwischen dem französischen und russischen Generalstab denkt? Jedenfalls haben sich die Beziehungen zur russischen Botschaft in Paris in der letzten Zeit sehr gefestigt, wobei sicher von französischer Seite sehr nachdrücklich von dem Argument, „Bedrohung des Kommunismus durch Hitler“, Gebrauch gemacht worden ist. Rechnet man dazu die gebieterischen Geldsorgen Moskaus und das Bestreben Frankreichs, seine Position im Osten, d. h. Polen, so weit als möglich zu entspannen, so gibt das zusammen eine Verhandlungsbasis zwischen den Sowjets und „der letzten kapitalistischen Großmacht des Kontinents“.

Was nun die Drahtzieher und Kuhnheuer dieser französischen Panikstimmung betrifft, so sind sie ohne weiteres in Prag, Belgrad, Bukarest zu erkennen, denen sich Polen beigesellt in der Erkenntnis, daß auch in Frankreich die Korridorfrage im Vorkurs ist. Tatsache ist, daß der Kleine Verband überzeugt ist, am entscheidenden Punkt seiner Existenzfrage angelangt zu sein. Der Kleine Verband ist der Auffassung, daß die jüngste Machtverschiebung in Deutschland Frankreich zwangsläufig dazu treiben könnte, die von ihm so lange befürchtete Verständigung Frankreichs mit Italien zu verwirklichen.

Tagespiegel

Wenn der Vorgänge in der demokratischen Wahlversammlung in Oberdorf a. N., in der Wirtschaftsminister Dr. Maler sprach, ist von der Polizei Strafanzeige gegen einige Nationalsozialisten erstattet worden.

Reichskanzler Hitler, der von München wieder nach Köln geflogen war, ist von dort am Sonntagabend nach 10 Uhr mit dem Flugzeug nach Berlin aufgestiegen, wo er kurz vor 1 Uhr nachts eintraf.

Botschafter Radolny hatte am Montag Besprechungen mit dem Reichsaussenminister und dem Reichskanzler über die Lage in Genf. Die für Montag anberaumte Kabinettsitzung wurde deshalb auf Dienstag nachmittags verschoben.

Gegenüber von Zeitungsbemerkungen stellt Reichsminister Dr. Hugenberg fest, daß er selbstverständlich bei seinem Amtsantritt seine sämtlichen Aufsichtsratsposten niedergelegt habe.

Im Reichsfinanzministerium wird ein Entwurf über die Senkung der Kraftfahrzeugsteuer erörtert. Erstens soll die Steuer für mehrere Monate erlassen werden, wenn sie für den übrigen Teil des Jahres bezahlt ist. Auf diese Weise würde verhindert, daß aus Ersparnisgründen im Winter eine so große Anzahl von Wagen stillgelegt wird wie in den letzten Jahren. Zweitens wird die Gewährung von Prämien für Vorauszahlungen erwogen, indem durch Nachlässe ein Anreiz zu größeren Vorauszahlungen geboten wird. Auch dieses System würde eine Senkung der Steuer bedeuten.

Der kommissarische preussische Minister des Innern, Göring, hat an alle Polizeibehörden einen Erlaß gerichtet, daß die Polizei jeden Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (SA, SS und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen vermeiden solle. Er erwartet, daß die Behörden zu den genannten Organisationen, in deren Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das beste Einvernehmen herstellen und unterhalten und jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften fördern. Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Gegen kommunistische Terrorakte und Ueberfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schusswaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs vom Minister gedeckt.

Da man in Prag, Belgrad und Bukarest aber überzeugt ist, daß eine solche Ausöhnung bei der heutigen Machtstellung Italiens nicht mehr bloß auf Kosten nordafrikanischer Zugeständnisse Frankreichs, sondern nur mehr auf Kosten eines französischen Entgegenkommens gegenüber der italienischen Osteuropapolitik erfolgen könnte, versucht man jetzt mit allen Mitteln die französische Bündnispolitik gegenüber den italienischen, und Polen gegenüber Deutschland auszuspielen. Mit welchen Mitteln dabei in genauer Kenntnis der französischen Sicherheitsangst gearbeitet wird, beweist die hartnäckige Verfolgung der Angelegenheit vor Hirtenberg, wo Oesterreich, ohne deswegen gegen den Friedensvertrag zu verstoßen, die Reparatur von Kriegsgeschütz für ausländische Rechnung übernommen hat, und seit neuestem die einer angeblichen Lieferung von italienischen Flugzeugen nach Ungarn.

Das österreichische Nein

Berlin, 20. Febr. Nach den Erklärungen des Vizekanzlers Winkler und des christlich-sozialen Regierungsbüchlers ist mit einer Ablehnung der unbegründeten, beleidigenden und ungewöhnlichen Forderungen der französischen Note zu rechnen. Oesterreich denkt nicht daran, sich dem Kommando von Paris und Prag zu unterwerfen. Diese entschiedene Stellungnahme, die vom Standpunkt eines selbständigen Staats nur selbstverständlich ist, wird freilich nicht bedeuten, daß Oesterreich irgendwie für eine Verschärfung des vom Kleinen Verband veranstalteten Streits um die Hirtenberger Waffenlieferung verantwortlich gemacht werden könnte. Oesterreich wird die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht zuschlagen, aber es wird jede politische Ausbeutung dieser privaten Angelegenheit, jede Drohung mit jener Ruhe würdig zurückweisen, die es als traditionsbewahrter Kulturstaat auch in gefährlichsten Krisen nicht verloren hat. Das Haus am Ballplatz in Wien ist wieder einmal in den Brennpunkt der ganz großen Politik gerückt. Frankreichs Angst vor dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland und alles, was daraus entstanden ist, die Donauebundpläne, die finanzielle Knebelung Oesterreichs, das Spiel mit der Inflation und andere Einschüchterungsversuche in der Abrüstungsfrage, der französisch-italienische Gegenjah in Mitteleuropa und das Bestreben der englischen Diplomatie, sich unter größeren Gesichtspunkten Einfluß und Kompromißmöglichkeiten zu erhalten, all das wirkt zusammen, um eine recht unübersichtliche und

wer hingegen in falscher Rücksichtnahme verfaßt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gewärtigen.

Der kommissarische Innenminister in Preußen hat für die Wahltage 4. und 5. März und 11. und 12. März den Ausschank von Branntwein verboten.

Caul Voss, Jg. hat Ministerpräsident Braun in Königsberg eine Einseitige Verfügung erwirkt, wonach die Verbreitung des nationalsozialistischen Plakats verboten wird, in der u. a. Braun und Severing der Bormwurf gemacht wird, 2 Millionen Mark aus der Staatskasse gestohlen zu haben. Von nationalsozialistischer Seite ist Einspruch gegen die Einseitige Verfügung erhoben worden.

Der Oberpräsident für Westfalen, Gronowski (Jr.) ist beurteilt worden.

Staatsanwalt a. D. Grauert, der von der Regierung Braun aus politischen Gründen entlassen worden war, ist zum Nachfolger des Ministerialdirektors Klausener und Leiter der Polizeibehörde im preussischen Ministerium des Innern ernannt worden.

Der neue Berliner Polizeipräsident hat den Oberregierungsrat Hamburger, die Regierungsräte Rosenheim, die Polizeiräte Mofke und zehn weitere höhere und mittlere Beamte des Polizeipräsidiums beurteilt.

Das thüringische Innenministerium hat den Bürgermeister Stein in Dippach (Bezirk Eisenach) und den Bürgermeister Kreuter in Schweina bei Bad Liebenstein vorläufig ihres Amtes enthoben. Es wird gegen beide Bürgermeister, die der SPD. angehören, ein Disziplinarverfahren wegen verschiedener Verfehlungen eröffnet werden.

Zum Widerspruch gegen die Gehaltskürzung haben die Beamten und Angestellten einer Reihe von öffentlichen Betrieben in Frankreich am Montag die Arbeit auf zehn Minuten bis eine Stunde niedergelegt. Die Eisenbahner und das Personal der Untergrundbahn haben sich an dem Streik nicht beteiligt.

Der Prozeß gegen den Anarchisten Josef Jangara hat am Montag vor dem Gericht in Miami (Florida) begonnen. Das Befinden des verletzten Bürgermeisters von Chicago, Cermak, ist unverändert ernst.

Jangara wurde zu 80 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Urteil schließt jedoch noch nicht die Anklagen wegen Verwundung Cermaks u. d. der J. u. G. ein. Es kann also, wenn eines der Opfer sterben sollte, noch die Todesstrafe nachfolgen.

nicht unbedenkliche Lage zu schaffen. In ihrem Bestreben, den ungünstigen Eindruck der von England mitunterzeichneten Note abzuschwächen, weist die englische Presse heute auf diese Zusammenhänge hin. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ führt aus, die britisch-französische Note an Oesterreich werde vielfach kritisiert. Sie habe nach Ansicht der Urheber „ein letztes Hindernis auf dem Weg der Abrüstung beseitigen“ wollen. Es sei aber bedauerlich, daß nicht an alle Unterzeichner des Friedensvertrags von St. Germain (gemeint ist Italien) im Zusammenhange mit dem geplanten Schritt herangetreten worden sei. Wenn andererseits das Vorgehen auf Grund des sogenannten europäischen Vertrauenspaktes erfolgt, so hätten die europäischen Großmächte gemeinsam beraten müssen. Der Wiener Berichterstatter des Londoner Blatts erblickt in der Erklärung des österreichischen Vizekanzlers den eindeutigen Beweis dafür, daß Oesterreich beschloffen habe, seine Verbindung mit Frankreich, Großbritannien und der sogenannten „Völkerbundspolitik“, die Oesterreichs Politik seit der Wiederaufbauarbeiten von 1923 beherrscht habe, nicht zu zerschneiden und sein Schicksal mit dem italienisch-deutschen Block für Aenderung der Friedensverträge zu vereinigen.

Brüning in Biberach

Biberach a. N., 20. Febr. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning sprach gestern nachmittag 1 Uhr in einer großen Wahlversammlung des Zentrums in der städtischen Turnhalle. Die Kundgebung wurde durch Aussprecher auch in die Stadthalle übertragen. Als Gast wohnten der Versammlung der frühere österreichische Bundeskanzler Dr. Enders sowie der österreichische Finanzminister a. D. Mittelberger bei. Dr. Brüning führte etwa folgendes aus: Dieser Wahlkampf hat nicht nur eine politische Zerkleinerung, sondern auch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage zur Folge. Die Maßnahmen der Regierung dienen mehr agitatorischen als sachlichen Zwecken. Die jetzige Parteiregierung will nur die Macht behaupten. Zollerhöhungen für Vieh und Fleisch haben keinen Zweck, wenn Vieh und Fleisch nicht eingeführt wird. Jetzt werden Millionen für die Getreidezufuhr ausgegeben. Die neue autoritäre Regierung wird bis zum Wahltag die Getreidepreise wohl halten können, aber länger nicht mehr. Der Preis richtet sich immer noch der Kaufkraft des Volkes. In den letzten

Monaten ist der Fleischverbrauch in Deutschland um 27 Proz. geringer geworden wie in den vorhergegangenen Jahren. Das ist die Wirtschaftspolitik der autoritären Regierung. Die Preise kann man eben nicht mit dem Rundfunk diktiert, sondern nur mit dem Verstand in die Höhe bringen. Unsere (des Zentrums) Fragen an die neue Reichsregierung waren sehr harmlos. Man hat es aber vorgezogen, schnell den Reichstag aufzulösen, um an der Beantwortung unserer Fragen vorbeizukommen. Wir sind der Ansicht, daß es an einem Tag möglich ist, das Rechtsbewußtsein eines Volkes zu erschüttern, daß es aber nicht möglich ist, dieses Rechtsbewußtsein auch wieder an einem Tag neu zu schaffen. Wir haben heute eine Parteiregierung, wie wir sie früher überhaupt nicht gekannt haben. Früher predigten die Nationalsozialisten: Man gebe uns die Macht und wir werden in einem Tage ein Programm zur Wirtschaftsrettung aufstellen. Jetzt sind drei Wochen vergangen, ohne daß man von einem Programm etwas gehört hat. Im Wahlkampf geht es um endgültige Entscheidungen. Ob es nämlich in Deutschland noch eine Freiheit geben soll und einen Rechtsschutz vor allem für die Minderheiten im deutschen Volk. Nicht Matthias Erzberger hätte in den Wald von Compiègne gehen sollen, sondern die Vertreter des Systems, die uns die außenpolitische Lage vor dem Krieg geschaffen haben. Dr. Brüning fand für seine Darlegungen ungenügenden Beifall. Er fuhr sofort nach Ravensburg weiter, wo er ebenfalls in einer Versammlung sprach.

Neue Nachrichten

Einstellungs- und Beförderungssperre vor den preußischen Wahlen

Berlin, 20. Febr. Der kommissarische preußische Innenminister Göring hat an sämtliche Ober- und Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet: Es ist bei mir zur Sprache gebracht worden, daß Gemeinden und Gemeindeverbände beabsichtigen, noch vor den am 12. März 1933 stattfindenden Gemeindevahlen Neueinstellungen und Beförderungen von Beamten in erheblichem Umfang vorzunehmen. Ich derartige Maßnahmen mit der heute unter allen Umständen gebotenen Sparsamkeit der Verwaltung nicht vereinbaren lassen, ersuche ich, in allen in diesem Sinne in Betracht kommenden Gemeinden und Gemeindeverbänden sofort eine allgemeine Einstellungs- und Beförderungssperre anzuordnen und auch im übrigen darauf hinzuwirken, daß Neueinstellungen und Beförderungen bis zum Zusammentritt der neugewählten Vertretungsgremien unterbleiben. Auf Grund dieses Erlasses hat der Oberpräsident der Provinz Brandenburg und von Berlin eine allgemeine Einstellungs- und Beförderungssperre von Gemeindebeamten in der Stadt Berlin angeordnet.

Hitler gegen das Zentrum

Köln, 20. Febr. In der nationalsozialistischen Wahlversammlung in Köln am Sonntag wandte sich Reichsleiter Hitler besonders gegen den gegen die Reichsregierung gerichteten Aufruf der katholischen Verbände. Er wies überaus scharf die Unterstellung zurück, als ob die neue Regierung einen Kulturkampf heraufbeschwören wolle. Katholizismus und Zentrum seien nicht dasselbe. Wenn die Verbände in ihrem Aufruf fordern: „Treue gegenüber dem Schwur, den man der Verfassung leistete“, so sage er (Hitler): „In der Zeit, wo der heutige Staat seine Geburtsstunde erlebte, bin ich Soldat gewesen und habe einen Eid geleistet und habe ihn gehalten. Ich habe aber gesehen, wie leicht diese anderen den Schwur von damals preisgeben konnten. Sie wollen heute von Verfassung und von Schwur und Eid reden. Wer sich auf den Boden des deutschen Novembers 1918 stellt, hat überhaupt kein Recht, von Eid, von Verfassung und von Treue zu sprechen. Und wenn endlich die katholischen Verbände weiter sagen: „für uns sind deutsches Wesen und Christentum heilige Verpflichtung, für die man kämpfen muß“ — so frage ich: Haben das Zentrum und seine Verbände in den letzten 14 Jahren für dieses Deutschland und dieses Christentum tatsächlich gekämpft? Wie will eine Partei vom „Kampf für das Christentum“ reden, die 14 Jahre mit den marxistischen Atheisten und Gottesleugnern zusammensteht und gemeinsame Politik macht? In diesen 14 Jahren ist die Zahl der Bolschewisten von 40 000 auf 6 Millionen angewachsen. Der liebe Gott sieht durch solche Behauptungen, wie jener Aufruf sie gebraucht, eben doch scharfer hindurch, als der kleine schwache Mensch, und er gibt seinem uralten Befehl immer und immer wieder recht: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Jugend unterm Hammer

Zeitroman von Helmut Messerschmidt

Urheber-Rechtsschutz für die deutsche Ausgabe:
Drei Quellen-Verlag, Königsbrunn (Sa.)

23. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Bredenkamp war schon früh wieder aus den Federn. In ihm siebte noch alles. Wie mochte es seiner Mutter ergangen sein gestern abend? War er wirklich in Sicherheit hier? Wie würde er die Schule wieder besuchen können?

Er ging hinunter. Niemand war im Hause. Auch in der Stube war kein Mensch. Er setzte sich an den Tisch und grübelte.

Zuweilen hörte er draußen die Knechte sprechen. Eine Amsel sang. Dann wieder Schritte auf dem Hofe.

Endlich ging die Tür auf.

Hanna!

Bredenkamp sprang hoch.

Entgeistert starrte ihn das Mädchen an. Ihn hier zu sehen, hatte es wahrhaftig nicht erwartet.

„Schönen guten Morgen!“ lachte Heinrich und trat näher. Hanna rührte sich nicht. „Sag mir bloß... wie kommst denn du hierher...?“

„Das ist eine längliche Geschichte...“

„Bist du's denn wirklich?“

„Du darfst ruhig näher untersuchen.“

Da streckte sie ihm beide Hände entgegen. „Nein, das ist aber... Und mir hat keine Seele was gesagt.“

Bredenkamp freute sich. „Ruht du denn alles gleich wissen?“

„Aber Heinrich!“

Das Verbot der Zentrumsblätter aufgehoben

Berlin, 20. Febr. Der kommissarische preußische Innenminister Göring empfing am Sonntag den Reichsleiter a. D. Warg und den Reichstagsabgeordneten Dr. Böckel, Generalsekretär der Zentrumsparlei, die erklärten, in dem Aufruf der katholischen Verbände, wegen dessen Veröffentlichung einige Zentrumsblätter auf 3 Tage verboten worden waren, sei keine Befriedigung beabsichtigt gewesen. Minister Göring erklärte sich davon befriedigt und veranlaßte die Zurücknahme der Zeitungsverbote.

Die Verbreitung der in Kattowitz (Ostoberschlesien) erscheinenden Zeitung „Polonia“ im Inland ist gemäß § 13 der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des deutschen Volks vom 4. 2. 33 wegen Veröffentlichung falscher Nachrichten bis einschließlich 3. März 1933 verboten worden.

Zusammenstöße

Der letzte Samstag und Sonntag brachte wieder eine erschreckliche Zahl von politischen Zusammenstößen. In Charlottenburg wurde der Nationalsozialist von der Ahe von Kommunisten erschossen. Am Sonntag gab es in verschiedenen Gegenden Berlins Krawalle, jedoch ohne daß sich größere Schlägereien entwickelten. — Ein richtiger Kampf fand in Wuppertal (Barmen-Elberfeld) zwischen Nationalsozialisten und Eiserner Front statt, wobei viel geschossen wurde. Die Zahl der Verletzten konnte nicht genau festgestellt werden; 9 Schwerverletzte mußten ins Krankenhaus verbracht werden. — Anlässlich eines Reichsbannertreffens in Doberan (Mecklenburg), an dem auch Kommunisten teilnahmen, kam es zu einem schweren Zusammenstoß mit Nationalsozialisten. Schwerverletzte wurden zwei Nationalsozialisten und 9 Reichsbannerleute in die Klinik in Rostock eingeliefert. Von letzteren sind zwei gestorben. — Bei einer Schlägerei in Chemnitz wurde ein Reichsbannermann erschossen. — In Hilden bei Düsseldorf wurde ein Arbeiter der NSDAP aus dem sozialdemokratischen Volkshaus heraus beschossen. Die Nationalsozialisten führten daraus das Haus, in dem es zu einem schweren Kampf kam. Ein Nationalsozialist wurde durch einen Bauchschuß lebensgefährlich verletzt. — In Erfurt wurde bei einem Zusammenstoß ein Freiseur erschossen, eine andere Person durch einen Bauchschuß schwer verletzt. — Bei einem Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten in Bochum wurde ein Polizeibeamter durch einen Armschuß und ein Reichsbannermann durch einen Kopfschuß verletzt.

Eine Kundgebung des Reichsbanners im Berliner Lustgarten am Sonntag nachmittag verlief ohne Störung.

Während eines Konzerts der SA-Kapelle auf dem Bülowplatz in Berlin wurde das kommunistische Karl-Liebknecht-Haus an dem Mord, in dem die „Rote Fahne“ hergestellt wird, von der Polizei besetzt und eine kommunistische Wache von 9 Mann entfernt, da befürchtet wurde, daß aus dem Haus auf die Musikkapelle, die nationale Weisen spielte, geschossen werden könnte.

Großer Waffenschmuggel aufgedeckt

Nachen, 20. Febr. In Herzogenrath wurden gestern nacht von Zollbeamten 150 Pistolen und 750 Schuß Munition beschlagnahmt, die in einem Personentransportwagen nach Deutschland eingeschmuggelt werden sollten. Der Führer und sein Begleiter wurden festgenommen.

Ausweisung der Jesuiten aus Südslawien beantragt

Budapest, 20. Febr. Wie der Pester Lloyd aus Belgrad erfährt, ist in der südslawischen Stupschina (Landtag) ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der die Ausweisung des Jesuitenordens aus Südslawien fordert. Der Antrag ist von 54 Abgeordneten unterzeichnet und verlangt ein Verbot der Tätigkeit des Ordens im Land, die Ausweisung der ausländischen Jesuiten und schließlich die Internierung der inländischen Jesuiten auf der Insel Bis, wo sie sich jedoch nicht mehr mit Seelsorge befassen dürfen. Als Begründung wird angeführt, daß der Jesuitenorden den Grundgedanken der konfessionellen Untertänigkeit in Südslawien verkünde.

Warnung des Reichsinnenministers an Württemberg

Dresden, 20. Febr. In einer nationalsozialistischen Wahlversammlung in Dresden erklärte Reichsinnenminister Dr. Frick: „Staatspräsident und Polizeiverwaltung eines Landes (Württemberg) haben es für richtig angesehen, den Aufruf der Reichsregierung als „phrasenreiches inhaltsloses Machwerk“ zu bezeichnen; bald darauf wurde die Uebertragung der Rundfunkrede des Reichsleiters gestört

und zum Teil verhindert. Eine Landesregierung mag es zu, daß in einem marxistischen Plakatanschlag einem aktiven Reichsminister wider besseres Wissen Kriegsdrückbergerei vorgeworfen wurde. Diese Landesregierung wird sich nicht wundern dürfen, wenn die Reichsregierung die entsprechenden Folgerungen ziehen und dann die Autorität dieser Landesregierung Gefahr laufen würde. Das will ich im Bewußtsein meiner Verantwortung als Reichsminister gelagt haben.“

Dr. Frick fuhr fort: „Das Zentrum ist uns böse, weil es diesmal bei der Regierungsbildung nicht die Finger drin hatte. Wir bedauern das, stellen aber fest, daß das Zentrum mit der Entwicklung der letzten 14 Jahre aufs äußerste mitbelastet ist. Deshalb haben wir die Verhandlungen mit dem Zentrum äußerst vorsichtig geführt. Wenn wir uns am 31. 1. auf die Beantwortung jenes Fragebogens des Herrn Raas eingelassen hätten, so wäre nur ein uferloses Palaver erfolgt, das schließlich ergebnislos verlaufen wäre. Darauf konnten wir uns nicht einlassen, und wenn man jetzt wieder die Worte „Kulturkampf“ und „Kampf gegen die Religion“ hört, so weise ich nur darauf hin, daß an der Spitze der Reichsregierung zwei Katholiken sitzen: Hitler und von Papen.“

Die württ. Regierung zur Rede des Reichsinnenministers

Stuttgart, 20. Februar.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Die württembergische Regierung hat sich mit dem Herrn Reichsminister des Innern wegen des auf Württemberg bezüglichen Teils seiner Dresdener Rede in Verbindung gesetzt, um zunächst klarzustellen, was der Inhalt der Ausführungen war.

Schon jetzt kann gegenüber den in der Presse veröffentlichten Nachrichten festgestellt werden, daß bei der Störung der Uebertragung der Kanzlerrede kein Versäumnis der württembergischen Polizei vorliegt. Die württembergische Regierung kann also nicht verantwortlich gemacht werden. Sollte sich auch der Vorwurf wegen eines Plakats mit beleidigendem Inhalt gegen einen Reichsminister auf Württemberg beziehen, so sei festgestellt, daß beim Polizeipräsidenten Stuttgart trotz eifriger Nachforschung von einem solchen Plakat nichts ermittelt werden konnte. Weder beim Polizeipräsidenten Stuttgart noch beim Innenministerium sind irgendwelche Beschwerden wegen eines Plakats eingelaufen.

Eingreifen des Reichs in Württemberg?

Unter der Ueberschrift „Hände weg von Württemberg!“ schreibt das dem Staatspräsidenten Dr. Brüning nahestehende „Deutsche Volksblatt“ zu den Ausführungen des Reichsinnenministers Dr. Frick: Die Andeutungen über ein Vorgehen gegen die württembergische Regierung vermögen uns nicht zu schrecken. Auf der andern Seite nehmen wir sie auch nicht als eine leere Redensart. Eine rechtliche Grundlage zu einem Vorgehen würde die Reichsregierung in den Verhältnissen unseres Landes jedenfalls nicht finden. Ruhe und Ordnung sind bei uns nicht gefährdet. Wenn der Wahlkampf leidenschaftlichere Formen annimmt, als sie uns Schwaben sonst eigen sind, so kommt das von den erregenden Vorgängen in anderen Reichsteilen. Wir warnen aber mit aller Deutlichkeit vor Plänen, die gegen Recht und Verfassung wären und die sich auf Begründungen stützen wollen, die in den wirklichen Verhältnissen unseres Landes keine Stütze finden. Schon das scharfe Vorgehen gegen die Beamten der Reichspost zeigt, daß Württemberg nicht Preußen ist und daß unsere Bevölkerung auf den Berliner Kommandotruppen anders reagiert, als man dort anzunehmen scheint. Was der Reichsinnenminister als „Verletzungen der württ. Regierung“ vorzubringen hat, erweist sich bei näherer Prüfung als wenig stichhaltig. Die Verantwortung für den Bubenstreich der Störung der Uebertragung der Kanzlerrede kann man doch nicht der württ. Regierung aufbürden. Durch die Erklärung des Polizeipräsidenten Stuttgart ist bekannt, daß die Polizei für die Art der Kabelbewachung keine Verantwortung trägt. Wenn in einem marxistischen Plakat ein aktiver Reichsminister beschimpft worden ist, dann hätte der Reichsinnenminister Gelegenheit gehabt, bei der württ. Regierung Vorstellungen zu erheben. Von einer solchen Beschwerde ist an den zuständigen Stellen nichts bekannt. In seiner Ulmer Rede auf dem Zentrumsparteitag hat Dr. Brüning nicht als Mitglied der württ. Regierung, sondern als Führer der Zentrumsparlei gesprochen. Die Reichsregierung hat das Zentrum bewußt ausgeschaltet und in ihrem Wahlauftrag als eine Novemberpartei diffamiert. Wenn unter solchen Umständen auch die Zentrumsführer scharfe Worte finden, dann sollte man auf der andern

„Es hat auch niemand eine Ahnung. Bloß dein Vater weiß, daß ich hier bin.“

„Und mir hat er nichts gesagt!“

Aber mir hat er was gesagt. Nämlich, daß ich bei euch bleiben soll solange... solange es... geht.“

„Aber sag mir doch, was ist denn eigentlich passiert?“

„Weiter nichts Schlimmes. Bloß ich... ich hab was Dummes gemacht: Ich hab mich von den Franzosen erweisen lassen.“

„Heinrich!“

„Was denn? Da ist doch weiter nichts dabei. Die Franzosen haben mich dann wieder entlassen lassen. Und jetzt haben die natürlich eine mächtige Wut auf mich und suchen nach mir. Ich hab aber gedacht: am sichersten auf der ganzen Welt ist es bei Schulte-Dieckhovens...“

Er sah Hanna gegenüber, genau so, wie er am Abend vorher ihrem Vater gegenübergeessen hatte. Nur daß er am Abend als geheilter Flüchtling um Obdach flehte und jetzt als sicher Geborgener mit dem Mädchen plauderte, das seinem Herzen am nächsten stand.

Bei seinem Bericht über seine Verhaftung und seine Flucht wurde Hanna bleich und rot.

Plötzlich sprang sie auf, nahm seinen Kopf impulsiv in beide Hände und drückte ihn fest an sich.

„Da, du, hier soll dir nichts geschehen!“

Dann rannte sie schnell hinaus.

Hanna kam wieder mit Kaffee, Brot und Butter und bewirtete ihn mit freudigem Eifer.

Am Nachmittag lief sie für ihn in die Stadt.

Zuerst ins Rathaus. Dort fragte sie sich bis zu Willi Barnscheid durch.

Der hatte sie schon mehrfach mit Bredenkamp gesehen und kannte sie daher.

„Was macht Heinrich?“ fragte er besorgt.

„Wissen Sie denn schon?“

„Natürlich. Seit gestern abend. Sie wollten etwas abholen bei mir, ja?“

„Ja, und das soll ich keinem Menschen sagen.“

„Dafür wäre auch ich Ihnen sehr dankbar. Bitte, nehmen Sie es ganz unauffällig. Ich gebe es Ihnen gleich. Inzwischen unterhalten wir uns noch ein bißchen. Sagen Sie Heinrich, daß bei seiner Mutter alles in Ordnung ist. Unscheinend hat man seinen Namen nicht erfahren. Bis heute mittag hat sich nichts ereignet. Ich war in der Mittagspause noch einmal da. Frau Bredenkamp ist verhältnismäßig ruhig. Gehen Sie nicht hin. Sie darf noch nicht wissen, wo sich Heinrich aufhält. Wie geht es Ihrem Herrn Vater?“

„Oh, ich danke, er hat nur noch Beschwerden, wenn das Wetter umschlägt.“

„Erinnern Sie sich des Tages, an dem er aus dem Feldlazarett nach Hause geschafft wurde?“ Barnscheid griff nach einem Aktendeckel.

„Ja, ja. Wie haben wir uns damals gestreut darüber, daß sich das so fügte!“

„Bitte halten Sie Ihr Täschchen bereit, ich gebe Ihnen jetzt das Papier für Heinrich. Das damals hat sich nicht von selber gefügt, Fräulein Hanna!“

„Wie meinen Sie das?“

„Es dürfte für Heinrichs Aufenthalt bei Ihnen vielleicht ganz wertvoll sein, wenn ich Ihnen sage, wie das damals kam, obwohl er mir ausdrücklich verboten hat, es Ihnen zu verraten.“

(Fortsetzung folgt).

Württ. Minister im Wahlkampf

Mergenthaler gegen Bolz

Stuttgart, 20. Febr. Finanzminister Dr. Dehlinger sprach am Samstagabend in einer deutschnationalen Versammlung in Plochingen. Er gab dabei seiner Befriedigung Ausdruck, daß nun wieder eine nationale Regierung an der Spitze des Reiches stehe. Sie zu berufen sei höchste Zeit gewesen, denn wir standen tief vor dem Abgrund. Der Reichstag werde nicht ausgeschaltet, sondern beschränkt auf seine eigentlichen Aufgaben der Gesetzgebung und Kontrolle der Verwaltung, wie z. B. im Reichshaushaltsplan zum Ausdruck kommt. Der 5. März soll eine Neuwahl für absehbare Zeit überflüssig machen. Geheimrat Hugenberg sei als Wirtschafts- und Ernährungsminister der wichtigste Mann im Kabinett. Die Erhöhung der Holzölle habe für die württembergischen Waldbesitzer eine besondere Bedeutung. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei kämpfen um ihre Schlüsselstellung. Anschließend sprach Frau Clara Klotz, die erklärte, die radikale Stellung des Staatspräsidenten Dr. Brüning sei sehr bedauerlich. In Württemberg seien die Verhältnisse bisher noch erträglich gewesen.

In einer demokratischen Wahlversammlung in Kirchheim u. Teck sprach am Sonntag Wirtschaftsminister Dr. Maier. Er erklärte, bei der Silphussarbeit nach dem Krieg seien viele Lorbeeren zu holen gewesen. Erzberger und Rathenau seien um die Ede gebracht worden, Ebert, Stresemann, Hermann Müller seien in den Siedeln gestorben. Sie werden heute effizient beschimpft. In dem Maß, in dem der Druck auf Deutschlands Souveränität von außen her nachließ, sei der Druck gewachsen, dem die deutsche Staatsautorität vorzuziehen sei ausgewechselt war. Mit dem Tag der Räumung des Rheinlands falle der Aufschwung der nationalsozialistischen Bewegung zusammen. Mit dem Zeitpunkt, in dem die Reparationen verschwanden, melde sich die „Reaktion“ wieder, die Kreis die im Jahr 1918 die Verantwortung anders überließen, die im Jahr 1918 verduftet und spurlos verschwunden sind.

Bei einer Kundgebung der NSD. in Ludwigsburg sprach am Sonntag Landtagspräsident Mergenthaler, der lt. „Ludwigsburger Zeitung“ ausführte: Möge der 5. März ausfallen wie er wolle, wir haben die Macht und werden an der Macht bleiben. Wenn das Zentrum und mit ihm Staatspräsident Dr. Brüning heute plötzlich fragen wollten, wo das Programm der Nationalsozialisten sei, so habe er zu erklären, daß diese Herren nach dem 5. März einmal fragen werden: „Herrgott, ist denn euer Programm noch nicht zu Ende? Herr Brüning habe, als er sich von einem „übertriebenen Geist von Potsdam“ zu sprechen sich erlaubte, den Franzosen das Stichwort zur Anerkennung der Kriegsschuld gegeben. Innenpolitisch gesehen, könne man solche Reden ja nur begrüßen, weil dann auch der Dummheit allmählich erkennen müßte, daß nach dem 5. März auch in Württemberg eine „Säuberung“ unumgänglich notwendig sei.

Bom Luftfahrtausschuß

Man geht den Hauptfragen aus dem Weg

Genf, 20. Febr. Der Luftfahrtausschuß des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz trat am Montag zusammen. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg rügte in beifälligen Worten, daß man in dieser Frage in der langen Zeit auch nicht um Haarsbreite vorwärts gekommen sei. Er stellte dann zu sofortiger Abstimmung folgende Anträge, ob 1. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfs und einer Reglementierung für die Zivilluftfahrt oder 2. eine völlige Abschaffung der Militärluftfahrt mit einem uneingeschränkten Verbot des Bombenabwurfs und einer Reglementierung, sowie einer Kontrolle der Zivilluftfahrt oder 3. ein uneingeschränktes allgemeines Verbot des Bombenabwurfs durchgeführt werden soll.

Die sofortige Abstimmung über diese Anträge wurde gegen die Stimmen Deutschlands, Rußlands, Hollands, Spaniens, Belgiens, und der Türkei abgelehnt. Im Verlauf der Aussprache ergab sich, daß die Mehrheit der Konferenzteilnehmer der Entscheidung über die Fragen, ob die Militärluftfahrt und das Luftbombardement allgemein abgeschafft werden sollen, aus dem Weg gehen will.

Württemberg

Stuttgart, 20. Februar.

Keine Steuererhöhung in Stuttgart. Von dem Stuttgarter Haushalt 1933/34 ist nicht, wie unlängst gemeldet wurde, ein ungedeckter Abmangel von 5 Millionen Mark zu erwarten. Wie die Südd. Zeitung aus zuverlässiger Quelle hört, können Steuererhöhungen, die bei einem ungedeckten Abmangel von 5 Mill. M. nicht zu vermeiden gewesen wären, vermieden werden.

Die Gasangst in Gaisburg. Das Unglück von Neunkirchen hat in Gaisburg, wo sich das Stuttgarter Gaswerk mit seinen großen Gastesseln befindet, Sorgen hervorgerufen. Der Bürgerverein in Gaisburg verlangt jetzt die Beseitigung des Gefahrenherds. Es wird daran erinnert, daß schon früher starke Bedenken, namentlich gegen den neuen Gastessel, nachdrücklich geltend gemacht wurden, über die man sich jedoch leinerzeit hinwegsetzte. Jetzt wird betont, daß eine weitere Ablehnung der Einwände und Forderungen durch die Behörden, mit dem Hinweis auf die Unfehlbarkeit der technischen Wissenschaft, einem Spiel mit Menschenleben gleichkäme. Die Beseitigung des Gasturms, so heißt es in einer Zuschrift an das R. L., muß verhindern, daß Stuttgart ein zweites Neunkirchen wird.

In einer Sitzung der Techn. Abteilung des Gemeinderats wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß ein Anlaß zur Beantragung der Einwohnerschaft wegen des Stuttgarter Gastessels nicht besteht und daß deshalb auch eine Verlegung der Anlagen nicht in Frage komme.

ep. Sozialer Kurs. Auf der Fallenburg bei Herronab findet vom 25.—28. April 1933 der 3. Soziallehrgang für Theologen mit dem Gesamtthema: Der Staat statt. Anmeldungen und Anfragen sind an das Evang.-Kirchl. Sozial- und Presseamt für Baden, Karlsruhe, Blumenstr. 1, zu richten.

Württ. Volksbühne. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Als Nachfolger des nach Kresfeld berufenen Intendanten Hans Herbert Michels hat der von der Gesellschafterverammlung beauftragte und ermächtigte Vorstand der Württ. Volksbühne GmbH. in Stuttgart unter den

zahlreichen Bewerbern den Direktor Otto Schwarz berufen und mit der künstlerischen und wirtschaftlichen Leitung der Württ. Volksbühne in vorläufiger Weise betraut. Otto Schwarz, ein geborener Stuttgarter, ist in seiner Heimat auch als literarischer und dramatischer Autor bekannt und anerkannt.

Stuttgarter Künstlerfest. Unter dem Motto: „Seitfame Reife“ findet am Samstag, 25. Februar 1933 im Kunstgebäude am Schloßplatz zur Unterstützung bildender Künstler das diesjährige Künstlerfest statt.

Der Württ. Seidenbauverein veranstaltet im Rahmen der Landw. Woche 1933 am Sonntag den 26. Februar um mittag 14 Uhr im Hotel Central hier seine diesjährige vierte Hauptversammlung.

Schwerer Bauunfall. Am Samstag morgen wurde beim Dolanbau auf dem Steinhalbensefeld, Markung Hofen, ein 31 Jahre alter Arbeiter aus Cannstatt von einem schweren Betonrohr an die Grabenwand gedrückt. Der Mann erlitt eine Gehirnverletzung, sowie eine Quetsch- und Rißwunde am Kopf. Er wurde in das Cannstatter Krankenhaus verbracht.

Untertürkheim, 20. Febr. Fabrikbrand bei Daimler — 200 000 Mark Schaden. In der Tauch- und Badieranlage der Daimler-Benzwerke hier ist heute vormittag kurz vor 10 Uhr aus bis jetzt noch nicht einwandfrei geklärt Ursache ein Brand entstanden. In der genannten Abteilung werden Koffel mit Bor- und Nachschal behandelt. Sie gelangen zu diesem Zweck am laufenden Band durch 2 große Trockenöfen, von denen einer völlig ausgebrannt ist. Während der Gebäudeschaden verhältnismäßig gering blieb, soll sich der Schaden an Werksanlagen auf etwa 200 000 Mt. belaufen. Dem sofortigen Eingreifen der Fabrikfeuerwehr, die das Feuer im Schaumlöschverfahren bekämpfte, ist es zu verdanken, daß der Brand keinen größeren Umfang annehmen konnte. Außer der freim. Feuerwehr Untertürkheim waren auch noch die Berufsfeuerwachen 3 und 1 am Brandplatz.

Todesfall. Der städtische Obervermessungsrat Robert Kercher ist im Alter von 54 Jahren gestorben.

Neue Fibern. Nach einem Erlaß des Kultministeriums sind mit Beginn des neuen Schuljahrs für die evangelischen und katholischen Volksschulen neue Fibern in Gebrauch zu nehmen, die dem neuen Lehrplan angepaßt sind. Die bisherigen 1910 eingeführten Fibern treten damit außer Schuß. Die künstlerische Ausgestaltung der Fibern wurde auf evangelischer Seite durch die Maler P. J. Schöber-Stuttgart, H. Sohn-Nettingen und K. Sigrift-Kaltenhofen, auf katholischer von dem Maler K. Stürner-Elwangen ausgeführt. Der Preis beträgt 1 Mark bzw. 1.20 Mark.

Der Nationalverband Deutscher Offiziere (NDO.) wendet sich in einem Schreiben an die Südd. Zeitung gegen die Ausführungen des Staatspräsidenten Dr. Brüning über den „Geist von Potsdam“. Staatspräsident Brüning habe den Geist von Potsdam als den Geist hingestellt, „der im Krieg nicht rechtzeitig den Frieden geliebt und uns in die fürchterliche Niederlage hineingeführt hat“. Der Nationalverband Deutscher Offiziere erhebt scharfsten Einspruch gegen diese Verunglimpfung aller Träger des Geistes, der Preußen groß gemacht und dadurch die Grundlage zur Schaffung des Deutschen Reichs gelegt hat. Daß der Präsident eines zum Reich gehörigen Landes durch diesen Angriff gegen Preußen Zwietracht zwischen den deutschen Stämmen sät, fordert unsere Gegenwehr heraus. Wir kämpfen für die Befreiung ganz Deutschlands durch den Geist von Potsdam. Das Schreiben ist unterzeichnet vom 1. Vorsitzenden des Nationalverbandes Deutscher Offiziere Generalleutnant a. D. Baechter und vom 1. Vorsitzenden des Landesverbandes Württemberg-Hohenzollern des NDO. Major a. D. Gottfried Graf v. Bücker und Limpurg in Gaildorf.

Kornthal, 20. Febr. Todesfall. Im Alter von 80 Jahren ist hier Professor a. D. Hermann Halim gestorben. Er wirkte fast 40 Jahre lang an der hiesigen höheren Knabenschule.

Aus dem Lande

Mühlhausen a. N. O. Stuttgart, 20. Febr. Leichenfindung. Hier wurde am Rechen des Wehrs der ehemaligen Baumwollspinnerei Arnold die Leiche des 24jährigen ledigen Dienstmädchens Marie Doster von Kohlberg O. A. Nürtingen geborgen. Das Mädchen ist von seinem Liebhaber betrogen worden.

Pfauhausen O. A. Ehlingen, 20. Febr. Einbruchsdiebstahl aufgeklärt. Der Einbrecher in das Stationsgebäude in Pfauhausen wurde gestern festgenommen. Es handelt sich um einen mehrfach vorbestraften Jungen.

Ludwigsburg, 20. Febr. Todesfall. An den Folgen eines Schlaganfalls ist gestern der Prokurist der „Ludwigsburger Zeitung“, Ernst Dürr, gestorben.

Wüdingen O. A. Ludwigsburg, 19. Febr. Brand. In der Nacht zum Samstag ist der Dachstuhl der Gredtschen Mühle mit 200 Zentnern Getreide abgebrannt. Das ganze Gebäude und die Mühleneinrichtung haben stark gelitten, das Gebäude wird wohl ganz neu aufgeführt werden müssen. Der bedeutende Schaden ist nur teilweise durch Versicherung gedeckt.

Bietigheim, 20. Febr. Junges Ehepaar an Gasvergiftung gestorben. Samstag nacht nahm sich der erst seit drei Wochen verheiratete, in den 20er Jahren stehende Kaufmann Schabel in der Küche seiner Wohnung mit Gas das Leben. Seine Frau, die sein Vorhaben merkte, wollte ihn offenbar retten, fiel aber über ihren Mann und erlag ebenfalls der Gasvergiftung. Beide wurden am andern Morgen tot aufgefunden. Die Gründe für die Tat sind nicht bekannt.

Heilbronn, 20. Febr. Das Theater spielt vorläufig weiter. Die vom Personal des Stadttheaters gegründete Notgemeinschaft hat am Samstag einstweilen provisorisch die Betriebsführung des Theaters übernommen. Von einer endgültigen Sicherstellung der Spielzeit bis 15. März kann zunächst noch keine Rede sein. Bis jetzt steht nur soviel fest, daß die Stadt Heilbronn und die Notgemeinschaft des Theaters bereit sind, in gegenseitigen Zugeständnissen das nur denkbar Mögliche anzubieten. Die letzte Entscheidung hat das Theaterpublikum. — Wie die „Redaktion“ hört, begab sich Willy Steng am Samstag morgen zu den Theater-Verhandlungen im Rathaus, ist aber weder im Rathaus erschienen noch nach Haus zurückgekehrt. Die Schwierigkeiten, in die die Direktion des Stadttheater Steng-Krauß geraten war, sind ihm außerordentlich nahe gegangen.

Möckmühl O. A. Redarjum, 20. Febr. Schweres Unglück. Mühlbesitzer Linz in Jünners bei Weiskheim

kam beim Oelen der Transmission zu nahe. Es wurden ihm dabei die Beine vom Rumpf gerissen, die herunterfielen, während der Körper oben hängen blieb. Der Bedauernswerte wurde buchstäblich zu Tode gemartert.

Hall, 20. Febr. Reichsarbeitsminister Selbte am 11./12. März in Hall. Der 1. Bundesführer des Stahlhelms, Reichsarbeitsminister Franz Selbte, wird am 11./12. März anlässlich einer Besichtigung der Stahlhelmformationen des Gauhs Hohenlohe nach Hall kommen. Im Verlauf der vorgeesehenen Veranstaltungen soll Selbte u. a. am Samstag, 11. März, abends den Fackelzug einer Ehrenkompanie des Stahlhelms abnehmen und anschließend auf einem öffentlichen Deutschen Abend im Neubau das Wort ergreifen. Für Sonntag ist die eigentliche Besichtigung der Stahlhelmformationen des Gauhs Hohenlohe vorgeesehen, eingeleitet mit gemeinsamem Gottesdienst.

Reutlingen, 20. Febr. Bundessposaunentag. Der Württ. Evang. Jungmännerbund zählt weit über 200 Posaunenchor in seinen 450 Vereinen. Am Himmeljahrsfest (25. Mai) soll in Reutlingen wieder einmal ein Bundessposaunentag stattfinden unter der Leitung von Posaunenwart Mühleisen. Kirchenpräsident D. Wurm hat sein Kommen zugesagt. Etwa 800—1000 Bläser werden erwartet.

Gingen O. A. Geltingen, 19. Febr. Einbruch. Bei dem hiesigen Arzt, der zurzeit im Krankenhaus liegt, wurde ein Einbruch verübt. Den Dieben scheint nicht viel in die Hände gefallen zu sein.

Heidenheim, 20. Februar. Silberne Rettungsmedaille. Am 6. August 1932 hatte August Reugle von hier, früher Reifeschmied bei der Fa. J. M. Both hier, zwei Personen vom Tod des Ertrinkens aus dem Rheinherne-Kanal unter eigener Lebensgefahr gerettet. Nun erhielt Reugle von der Regierung die silberne Rettungsmedaille am Band verliehen.

Vom Ries, 20. Febr. Erfroren aufgefunden. Der 71 Jahre alte Händler Michael Mütter von Fünfstetten wurde in der Nähe von Bomersheim erfroren aufgefunden. Der alte Mann kam wahrscheinlich auf dem Heimweg zu Fall und konnte sich nicht mehr erheben, so daß er in der Nacht erfroren ist.

Lokales.

Wildbad, 21. Februar 1933.

Durchgänger. Gestern nachmittag waren Holzhauer mit dem Abfeilen von Langholz aus Abteilung Riesenstein beschäftigt. Der in einen hart gefrorenen Stamm getriebene Seilhanke riß los, worauf dieser Stamm in eine Gruppe von 3 Stämmen fuhr, einen von diesen küpfte, der dann den Weg durch das Blockhaus Schmid nahm. Er drang im Schlafzimmer ein, durchbohrte dort einen Weißzeugschrank, verließ talfettig wieder das Haus um schließlich auf der Neuen Steige beim Eingang zur Villa Waldfrieden liegen zu bleiben. Zum Glück ist außer enormen Sachschaden kein größeres Unglück entstanden.

Nichts ist mehr sicher! Heute nacht wurde ein außerhalb dem Bahnhofgebäude angebrachter Bahnsteigkarten-Automat gestohlen. Anscheinend haben es die Diebe auf das Geld abgesehen gehabt. Doch ist ihnen nichts in die Hände gefallen, da der Automat im Laufe des Montag geleert wurde. Der Automat wurde, wie wir hören, in einem Schuppen am Güterbahnhof aufgefunden. Hoffentlich wird man der Täter habhaft.

Die hiesige Ortsgruppe des Württ. Schwarzwaldvereins hielt am vergangenen Sonntag in der Traube ihre diesjährige Hauptversammlung verbunden mit einem Familienabend ab. Erstaunlich viele Mitglieder und Freunde des Wanderns hatten sich eingefunden, so daß der vorgegebene Raum schier gar zu klein war. Herr Rektor Dengler begrüßte die Erschienenen. In schönen Worten schilderte er, wie in der Natur sich alles ununterbrochen verändere und wandle und wie es deshalb für den Naturfreund immer wieder neue Reize habe, hinauszuwandern, um dieses ewige Werden und Bergehen mitzerleben und dabei die Sorgen des Alltags für ein Weilchen zu vergessen. Schriftwart Franz berichtete über das vom Verein im vergangenen Jahre unternommene, über die Wanderungen und Fahrten. Er führte aus, daß sich ein immer größer werdender Kreis von Getreuen bilde, der die Wanderungen und Veranstaltungen mitmache; daß sich der Verein also immer mehr Freunde erwerbe. Trotzdem sollte die Wanderschule immer noch größer werden; es sei auch kein Zweifel, daß es für viele auch ein gesundheitlicher Nutzen wäre, wenn sie müde werden würden. Er erwähnte, daß die Vereinsleitung die Wegzeichen- und Tafeln auf einer Strecke von etwa 45 Kilometern instand zu halten habe, was eine große Arbeit im Dienste der Allgemeinheit sei. Herr Rechner Rumpff berichtete über Soll und Haben der Vereinstasse. Sie befindet sich in guter Verfassung. Die notwendigen Wahlen waren bald überstanden und brachten keine Aenderung in der Vereinsleitung. Herr Stadtparrer Dauber konnte für seine 25 jährige Zugehörigkeit zum Schwarzwaldverein mit dem goldenen Ehrenzeichen bedacht werden. Aus dem Geschäftsbericht des Schriftführers ging noch hervor, daß der Hauptverein, also der ganze Württ. Schwarzwaldverein, am 20. und 21. Mai 1933 seine Hauptversammlung in Wildbad abhalten wird. Die Vereinsleitung bittet deshalb alle Mitglieder, ihre Kräfte zur Verfügung zu stellen, so daß die Veranstaltung zur Ehre der Ortsgruppe und der ganzen Stadt Wildbad durchgeführt werden könne. Nun kam der gemütliche Teil an die Reihe. Herr Rektor Dengler zeigte Lichtbilder von unserem Schwabland, die Herren Oberlehrer Wildbrett und Robert Schlegel jung erfreuten die Anwesenden mit Musikvorträgen. Die Herren Oberpostinspektoren Maier und Herr Robert Schlegel und Fräulein Hermine Krauß ergötzen die Gesellschaft mit einem lustigen Einakter, mit dem sie den „häuslichen Frieden“ eines wackeligen Pantoffelhelden darstellten. Herr Aloß bewährte sich dabei im Einflüstern. Herzlichster Dank wurde allen gesagt, die an der Verbreitung einer fröhlichen Stimmung mitgewirkt hatten. Das Gebotene und der gemeinsame Gesang von Liedern hatte die Teilnehmer bald in Stimmung gebracht, so daß der Abend im Nu vorbei war. Nur ungern wich man dem Auge des Gastes, um befriedigt heimwärts zu ziehen. Der Schwarzwaldverein befindet sich in aufsteigender Linie, darüber besteht kein Zweifel. Sein Wahlspruch lautet: Wir wollen wandern! Fz.

Brand. Heute nacht brannte das Bürogebäude mit Sägermühle des Sägewerks Schanz auf der Sprollenmühle nieder. Die Hausbewohner konnten mit Not ihr Leben in Sicherheit bringen und nur wenige habfeligkeiten retten. Das Entstehen des Feuers ist noch nicht geklärt.

Sport

Stuttgarter Sechstagerrennen. Die zwei ersten Tage des Stuttgarter Sechstagerrennens nahmen einen sportlich reizvollen Verlauf. Der Juppich den Publikum blieb hinter den früheren Veranstaltungsgleichart um etwa zurück. Immerhin waren es in der Samstag-Nacht gegen 5000 Zuschauer, darunter viele Besucher aus naher und weiterer Umgebung, sowie aus der Schweiz; am Sonntag dagegen waren es nur etwa 3000. In der Nacht zum Montag gab es im Feld der Rennfahrer gewaltige Verletzungen. In einem fast einhalbstündigen Rennen wurden 93 Kundengewinne verzeichnet. Nach 55 Stunden waren 1883,510 Kilometer zurückgelegt. Der Stand am Montag morgen 6 Uhr: 1. Bienenburg-Richtl 356 P.; 2. Killan-Pöfelfeld 279 P.; 3. Tieg-Preuß 200; 4. Wambitz-Mouton 89 P. — Eine Runde zurück: 5. Hürtgen-Göbel 140 P. — Drei Runden zurück: 6. Funda-Umbdenbauer 168 P.; 7. Gilden-Bühler 94 P. — Vier Runden zurück: 8. van Kempen-Refinger 186 P.; 9. Vinnari-Dinale 85 P. — Fünf Runden zurück: 10. Altenburger-Deitrich 52 P. — Sechs Runden zurück: 11. Siehl-Neißander 46 P.

Fußball

Wildbad — Ottenhausen 4:1 Tore.
Eckballverhältnis 3:6 für Wildbad.

Die 1. Mannschaft des Arbeiter-Sportvereins Wildbad hatte am letzten Sonntag auf hiesigem Blase das fällige Bandspiel gegen Ottenhausen zu bestreiten, aus welchem Wildbad als Sieger hervorging. Ottenhausen ließ es sich wohl nicht träumen, in Wildbad eine solche Niederlage hinnehmen zu müssen. — **Spielverlauf:** Punkt 1/3 Uhr eröffnete der Schiedsrichter das Spiel, welches von beiden Seiten gleich energisch geführt wurde. In der 10. Minute konnte ganz unerwartet durch Wildbads Mittelstürmer aus 25 Meter Entfernung das Führungstor erzielt werden. Ottenhausen hat Anspiel und drängt auch ein paar Mal vor dem Wildbader Tor, kann aber nichts erzielen, da das Tor vom Torhüter und der Verteidigung gut bewacht wird. In der 21. Minute kann Wildbad durch Handelfremder, eingeworfen ebenfalls durch den Mittelstürmer, das zweite Tor buchen. Ottenhausen wird ein bisschen misshütig, gibt das Spiel aber nicht verloren. Wildbad arbeitet dann wieder eine schöne Torchance heraus, die aber von dem Torwart zur Ecke gelenkt wird; Eckball für Wildbad, der das 3. Tor für Wildbad brachte, weil der rechte Verteidiger von Ottenhausen den Ball ins eigene Netz einschob. So ging es mit 3:0 für Wildbad in die Pause. Nach Wiederbeginn des Spiels kämpft Ottenhausen mutig weiter, kann aber vorerst nichts erzielen. In der 20. Minute nach Halbzeit erzielt Wildbad durch den Halbrechten das 4. Tor. Der Gegner gab dann das Spiel für sich verloren, konnte aber trotzdem 9 Minuten vor Schluss durch den Halbrechten das längst verdiente Ehrentor erringen. — So ging das Spiel für Wildbad 4:1 zu Ende und konnten zwei wertvolle Punkte gebucht werden. Der Schiedsrichter leitete das Spiel gut. — Die 1. Mannschaft des Arbeiter-Sportvereins Wildbad hat am Sonntag den Beweis erbracht, daß sie einen guten Fußball spielt und ihr auch harte Gegner unterliegen müssen. Bei ihren kommenden Spielen möchte man der Mannschaft den Leitspruch mit auf den Weg geben: „**Ein Freund müht ihr sein, um Siege zu erringen.**“ Die Erfolge werden dann nicht ausbleiben.

Die 2. Mannschaft verlor das Freundschaftsspiel gegen Ottenhausen 2. Mannschaft 5:1 Tore.

Handel und Verkehr

Die Münzreform

Die bereits vorbereitete Notverordnung über die Abänderung des Münzgesetzes hat durch den Regierungswechsel eine Ausschlebung erfahren, sie wird aber, wie verlautet, nach den Wahlen wieder aufgenommen werden. Bekanntlich soll das Einmarkstück künftig aus Nickel hergestellt werden, es wird also dann einen Metallwert von 3 Pf. gegen bisher 8 Pf. haben, was

aber für keine Geldfunktion ohne Belang ist. Das Zweimarkstück erhält statt eines Silbergehalts von bisher 50 nun einen solchen von 62 v. H. Das Fünfmarkstück wird kleiner und handlicher, es erhält die Größe des bisherigen Dreimarkstücks (das verschwindet) und dafür einen Silbergehalt von 90 statt bisher 50 v. H. Dabei ist zu beachten, daß der Silberpreis am Metallmarkt in den letzten Jahren um die Hälfte gesunken ist. Die Scheidemünzen sind eben mehr und mehr auf Metallgedrucktes Papiergeld geworden, für dessen Festigkeit nicht mehr die metallische Dichtung, sondern die Begrenzung des ganzen Zahlungsmittelumsatzes maßgebend ist. Die Rücksicht auf Geldbeschaffung für das Reich wie in früheren Jahren darf nicht mißsprechen, und deshalb soll auch die neue Münzreform nicht zu einer Erhöhung des genügend großen Münzumsatzes führen.

Es ist übrigens von Interesse, daß der neue französische Finanzplan ebenfalls einen Ersatz von Silber durch Nickel vorsieht; es sollen Fünffrankenstücke aus Nickel ausgebracht werden, die nach dem Währungsverhältnis einen Wert von 82 Pf. wie der frühere Goldfranken hätten und etwa unserem Einmarkstück entsprechen. Der Zweck wäre in Frankreich allerdings nur der Münzgewinn gewesen, der zur Sanierung der französischen Staatsfinanzen beitragen sollte. Der Plan ist anscheinend zurückgestellt worden.

I.C. 4 Mill. M. Einnahmeausfall für die württ. Molkereigenossenschaften. In der Zeit von Mitte Dezember bis Mitte Februar ist der am und für sich seit Jahren gedrückte Butterpreis nochmals zusammengefallen. Während die Komptener Börse als Erzeugerverkaufspreis für Butter 1. Güte am 21. Dezember 1932 noch 1.10 RM. für 1 Pfund notierte, betrug dieser Preis am 15. Februar 1933 nurmehr noch 80 Pf. Dieser letzte Preisrückgang bedeutet allein für die dem Württ. Landesverband landwirtschaftlicher Genossenschaften e. B. angehörenden 563 Molkereigenossenschaften einen Einnahmeausfall von nahezu 4 Millionen Reichsmark jährlich.

Berliner Pfandkurs, 20. Febr. 14.47 G., 14.51 B.
Berliner Dollarkurs, 20. Febr. 4.209 G., 4.217 B.
100 franz. Franken 16.58 G., 16.62 B.
100 Schweizer Franken 81.62 G., 81.78 B.
100 österr. Schilling 48.45 G., 48.55 B.
Dr. Wbl.-Wkl. 68.25, ohne Wkl. 9.05.
Privatdiskont 3.875 v. H. kurz und lang.
Württ. Silberpreis, 20. Febr. Grundpreis 39.50 RM. d. Ag.

Die Großhandelsmehrzahl für Schlachtvieh vom 15. Februar 1933 ist mit 61,6 gegenüber dem 8. Februar (86,0) um 3,3 v. H. gesunken, 1913 gleich 100.

Zusammenschluß der Landesbank der Provinz Hannover und der Girozentrale Hannover. Durch Beschluß des preussischen Staatsministeriums, Kommissare des Reichs, sind mit Wirkung vom 1. März 1933 die Landesbank der Provinz Hannover und die Girozentrale Hannover zu einer Gemeinshaftsbank, der Niedersächsischen Landesbank Girozentrale, zusammengeschlossen worden.

Zwangsvorsteigerung. Das Anwesen des Gastwirts Wilhelm Schaufele in Wühlhausen a. R. wurde in der Zwangsvorsteigerung um 23 110 RM. an den Meistbietenden, Bierbrauerei Wulle KG, Stuttgart, abgegeben. Das Anwesen hat einen Verkaufswert von 30 000 RM.

Konkursantrag in Sachen Rieger-Pfullingen. Von der Inhaberin des Bankhauses Rieger-Pfullingen ist beim Reutlinger Amtsgericht Antrag auf Einleitung des Konkursverfahrens gestellt worden.

Zahlungseinstellung. Die Fa. Büdowerl, Chem. Fabrik in Schwemlingen, hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Büdowerl ist eine der größten Schmelzfabriken. Die Zahlungsschwierigkeiten reichen auf verschiedene Monate zurück. Die Angestellten haben seit etwa 1. Oktober v. J. nur noch kleinere Kontozahlungen bekommen. Am Freitag haben nunmehr auch die Arbeiter keinen Zahltag erhalten. Sämtlichen Angestellten ist dieser Tage auf 1. April gekündigt worden; eine Kündigung der Arbeiter wird folgen. Jeweils Anstrengung eines Vergleichs soll bereits ein Liquidator bestellt sein. Das Büdowerl beschäftigt zurzeit 350 Angestellte und Arbeiter.

Stuttgarter Börse, 20. Febr. Die heutige Börse eröffnete zu etwas festem Kursen. Im Verlauf weiter freundlich. Schluss behauptet. Am Rentenmarkt waren die Goldpfandbriefe der Württ. Bohnmasse-Kreditanstalt und des Württ. Kreditvereins un-

verändert, während diejenigen der Württ. Hypothekendarlehenbank um 1/2 v. H. zurückgingen. Der Aktienmarkt war bei lebhafteren Umsätzen fester.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Stuttgart.

Stuttgarter Landesproduktbörse, 20. Febr. Neue Regierungsmahnahmen, die bevorstehen sollen, beeinflussen den Getreidemarkt und haben allgemein eine festere Stimmung hervorgerufen. Für inländische Ware werden wesentlich höhere Forderungen gestellt, andererseits zeigen die Käufer wenig Unternehmungslust, da insbesondere die Mühlen über schwachen Mehlablaß klagen. Es notierten je 100 Kg.: württ. Weizen 20,75—21,25 (am 13. Febr. 20—20,50), Roggen 17,50—17,75 (17—17,25), Braugerste 18—19,25 (unv.), Futtergerste 16—17 (16—16,50), Hafer 13—13,50 (12,75 bis 13), Wiesenheu (loose) 3,50—4 (unv.), Kleehheu (loose) 4,50 bis 5,50 (unv.), drahtgepr. Stroh 2,50—2,80 (unv.), Weizenmehl 32 bis 32,50 (31—31,50), Weizenmehl 25—25,50 (24—24,50), Kleie 1,75 bis 1,80 (unv.).

Becken, 20. Febr. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 7,27.
Magdeburger Zuckerpreise, 20. Febr. Febr. 31,80, März 31,95. Tendenz ruhig.

Märkte

Mannheimer Schlachtviehmarkt, 20. Febr. Auftrieb: 163 Ochsen, 122 Kühe, 237 Kälber, 556 Ferkel, 24 Schafe, 2017 Schweine, 2 Ziegen. Preise für 50 Kg. Lebendgewicht in RM.: Ochsen a 28—31, b 22—25, c 24—26, Bullen a 23—26, b 21—23, c 18—22, Kühe a 23—25, b 20—22, c 14—17, b 12—14, Ferkel a 28—32, b 24—27, c 22—25, Kälber b 42—45, c 40—42, b 33 bis 38, c 30—35, Schafe b 18—25, Schweine b 47—48, c 47—46, b 46—48, c 43—45. Marktverlauf: Großvieh mittel, geräumt; Kälber lebhaft, geräumt; Schweine lebhaft, geräumt; Ferkel und Läufer lebhaft, geräumt.

Viehpreise, Kleingeflügel: Ochsen 245—320, Kühe 150—300, Kälber 240—320, Jungvieh 80—230. — **Weißschaf:** Jungvieh 32 bis 160, Kühe und Kälberinnen 185—240, Ochsen und Stiere 180 bis 285 M.

Schweinepreise, Balingen: Milchschweine 12—19. — **Berndorf:** Milchschweine 12—23. — **Bopfingen:** Milchschweine 14—18. Käufer 25—32. — **Craillsheim:** Käufer 25—30, Milchschweine 12 bis 20. — **Gengen a. Br.:** Saugschweine 14—18, Käufer 24—35. — **Gödingen:** Milchschweine 10—15, Käufer 20—30. — **Herrnberg:** Käufer 25—33, Milchschweine 15—22. — **Isföfen:** Milchschweine 12—20. — **Marbach:** Milchschweine 14—20, Käufer 26. — **Oehringen:** Milchschweine 15—20. — **Rottweil:** Milchschweine 15 bis 17. — **Weißschaf:** Milchschweine 9—16. — **Vaihingen a. G.:** Milchschweine 14—18. — **Veisheim:** Milchschweine 12—15. — **Nördlingen:** Milchschweine 12,25—21, Käufer 25—32,50. — **Pavensburg:** Ferkel 14—22, Käufer 30. — **Saulgau:** Ferkel 17 bis 21. — **Wurzach:** Milchschweine 19,50—21 M.

Fruchtpreise, Balingen: Hafer 6,80, Gerste 8,60. — **Erohlheim:** Roggen 7,90, Hafer 5,80—5,90, Gerste 7,90—8. — **Gengen:** Weizen 10, Gerste 8,20—8,40, Hafer 6,20. — **Tübingen:** Dinkel 7,60—8, Hafer 6,50—7, Weizen 10—11, Gerste 7,70—9. — **Heidenheim:** Kernen 10,70—11, Weizen 9,50—10,10, Gerste 8,10, Hafer 6. — **Ellwangen:** Weizen 10, Roggen 8,30, Gerste 8,30, Hafer 6,40—7. — **Nagold:** Weizen 10,40—10,50, Gerste 8,50, Hafer 6,50, Dinkel 7,50, Erbsen 10,50. — **Nördlingen:** Weizen 10 bis 10,20, Roggen 8—8,10, Gerste 8,10—8,30, Hafer 6,60—7, Bohnen 7—7,25, Erbsen 12—15. — **Ravensburg:** Weizen 7,50 bis 7,75, Weizen 10,30—10,50, Roggen 8—8,10, Gerste 8—8,30, Hafer 6—6,30. — **Reutlingen:** Weizen 10,50—11,50, Saatweizen 12, Dinkel 7,80—8,50, Saatgerste 9,50, Gerste 8—8,50, Hafer 5,80 bis 6,80. — **Ulm a. D.:** Weizen 10,00—10,40, Roggen 8, Gerste 8 bis 8,10, Hafer 5,80—6. — **Urach:** Weizen 9,50—11, Dinkel 8—8,70, Roggen 8,60, Gerste 7,70—8,60, Hafer 6,50—6,70. — **Wurzach:** Dinkel 7,20 M.

Holzverkäufe. In der Zeit vom 9.—16. Februar wurden bei den Holzverkäufen aus württembergischen Staatswaldungen folgende Erfolge erzielt: Für Radelstammholz im Schwarzwald Nöthen und Tarzen 40—43, Forchen und Bärchen 55—60, im Unterland Nöthen u. Ta. 44—52, Nöthen u. Ta. 45—60, im Nordostland Nöthen u. Ta. 42—47, Nöthen u. Ta. 42—44, auf der Schwab. Alb Nöthen u. Ta. 40—45, Nöthen u. Ta. 45, in Oberchwaben Nöthen u. Ta. 38—45, Nöthen u. Ta. 50; für Laubstammholz 60—100; für Radelholzstangen 60—80 Proz. der Landesarundpreise. In Brennholz wurde verkauft: Laubholz 16 727, Nadelholz 14 552 RM. bei einem Durchschnittserlös von 91 Proz. der Bezirksgrundpreise gegen 92 und 93 Proz. Ende Januar und Anfang Februar.

Wildbad.
Die nächste
Mütterberatungsstunde
findet am Mittwoch den 22. Februar, von 2—3 Uhr im Alten Schulhaus statt.
J. A.: **Schw. Ottilie Ueber**
Bezirksfürsorgerin.

An sämtliche Bezieher von Formularen!

Durch Vereinbarung zwischen den Firmen
„Fogena“
Formulargenossenschaft württ. Buchdruckereien e. G. m. b. H.
Stuttgart

und
W. Kohlhammer

Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung, Stuttgart

sind die Formularlager beider Firmen mit sofortiger Wirkung vereinigt worden. Dies wird im Interesse der angestrebten Vereinfachung des Bordruckwesens allerseits begrüßt werden.

Wir geben hievon unserer verehrten Kundschaft, insbesondere den Behörden gebührend Kenntnis.

Stuttgart, am 18. Februar 1933.

„Fogena“

Formulargenossenschaft württ. Buchdruckereien e. G. m. b. H.

W. Kohlhammer

Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung.

Alle Bordrucke der beiden Firmen können bezogen werden bei und durch die

Buchdruckerei „Wildbader Tagblatt“

Aufforderung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot

An alle Wähler und Freunde der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot ergeht dringliche Einladung zu einer **gemeinsamen Besprechung** der kommenden Reichstagswahl auf **Donnerstag den 23. februar 1933, abends 8.30 Uhr, im Wildbader Hof**

Weit über 150 000

Bruchleidende

tragen das seit mehr als 20 Jahren erprobte

Spranzband

gef. gefch.

kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge. Sehen Sie sich bitte mein neuestes, wesentlich verbessertes Modell D. R. P. 542 187 an. Mein Vertreter ist mit Mustern kostenlos zu sprechen am **Donnerstag den 23. Februar in Wildbad im „Bahnhofshotel“ von 9 bis 11 Uhr, in Neuenbürg im Hotel Varen, 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr.**

Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz, Unterkochen (Württ.).

Dankschreiben! Ich trage jetzt zwei Jahre das von Ihnen hergestellte Bruchband und bin außerordentlich zufrieden damit. Selbst bei schwerster Arbeit bequem zu tragen und ich kann es meinen Leidensgenossen bestens empfehlen. Mein Leiden ist durch das Spranzband bereits verheilt und ich mir die vor zwei Jahren bevorstehende Operation erspart geblieben, wofür ich Ihnen gegenüber zu Dank verpflichtet bin.
Michael Strecker, Dörrenz, Post Kirchberg an der Jagst.

Machen Sie Anspruch
auf Verkehr in guter Gesellschaft! Dann müssen Sie auch Musik treiben können. Von einem Gebildeten erwartet man das. Den besten Unterricht bietet Ihnen die **Wildbader Musik-Schule**
Charlottenstraße 40.

Herrenfahräder
40 Mark
Damenfahräder
45 Mark

mit einem Jahr Garantie, ferner **sämtliche Ersatzteile billigst**

Karl Tubach jun.
Telephon 437.

RUSSPFLUG



W. Schrapp
jetzt König-Karlstr. 32
Sprechstunden 2—4 Uhr

Freiwillige Feuerwehr Wildbad.

Heute Dienstag abend 7.30 Uhr letztmals **Unterricht**
Thema: „Waldbrände“

Für jeden Zugführer und Unterführer sehr wichtig, ebenso für die Weckerlinie. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.
Der Kursleiter.